

Werner J. Patzelt

# Ungarn verstehen

Geschichte  
Staat  
Politik

LMV



© 2023 LMV, ein Imprint der  
Langen Müller Verlag GmbH, München  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlag: Wolfgang Heinzel  
Umschlagfoto: merla – stock.adobe.com  
Satz: VerlagsService Dietmar Schmitz GmbH, Heimstetten  
Druck und Binden: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg  
Printed in Germany  
ISBN: 978-3-7844-3678-4  
[www.langenmueller.de](http://www.langenmueller.de)

# Inhalt

Was soll dieses Buch? .....	9
-----------------------------	---

## **KAPITEL 1: DAS DEUTSCHE UNGARNBILD**

I. Naive Ungarnbilder .....	15
II. Diskursiv erzeugte Ungarnbilder.....	19
III. Mediale Akzente im deutschen Ungarnbild .....	29
IV. Demoskopisch fassbare Ungarnbilder .....	38
V. Einige kulturelle Klischees.....	45

## **KAPITEL 2: UNGARNS GESCHICHTE**

I. Unterschiedliche Geschichtsbilder Deutschlands und Ungarns .....	53
II. Von den Anfängen bis zur Osmanenzeit .....	57
III. Von der Osmanenzeit bis zur Revolution von 1848/49 .....	74
IV. Von der Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs .....	93
V. Von der Durchsetzung des Kommunismus bis zur Ära von Viktor Orbán .....	113

## **KAPITEL 3: UNGARNS REGIERUNGSSYSTEM**

I. Wer wird in Ungarn regiert?.....	141
II. Ungarns Staats- und Verwaltungsgliederung.....	147
III. Landesweite Wahlen und Abstimmungen.....	153
1. Das Parlamentswahlrecht .....	153
2. Wahlorganisation, Kandidatennominierung und Wahlkampffinanzierung.....	159
3. Landesweite Abstimmungen .....	163

IV. Parteien .....	171
1. Ungarns Parteiensystem im Überblick .....	171
2. Profile ungarischer Parteien .....	177
3. Die Entwicklung des ungarischen Parteiensystems .....	182
V. Das politische Entscheidungssystem .....	198
1. Parlament .....	198
a. Abgeordnete .....	198
b. Parlamentsstrukturen .....	200
c. Parlamentsfunktionen.....	207
2. Regierung .....	221
3. Staatspräsident.....	222
VI. Verfassung und Gerichtsbarkeit .....	225
1. Die Verfassungsgebung .....	225
2. Das streitauflösende »Nationale Bekenntnis« .....	230
3. Das Verfassungsgericht .....	234
4. Die ordentliche Gerichtsbarkeit .....	236
VII. Interessenverbände und zivilgesellschaftliche Vereinigungen .....	241
1. Interessenverbände .....	242
2. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen .....	247
VIII. Medien .....	254
IX. Politische Kultur .....	263

## **KAPITEL 4: UNGARNS POLITIK**

I. Politikfelder und ihre Untersuchung .....	283
II. Ausgewählte Politikfelder .....	285
1. Erinnerungspolitik .....	285
2. Minderheitenpolitik im In- und Ausland .....	296
a. Ungarisches Nationsverständnis .....	296
b. Ungarische Staatsangehörigkeit und ihr Erwerb .....	300
c. Auslandsungarn .....	301
d. Nationalitäten in Ungarn .....	305
3. Haushalts-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.....	317
a. Die Ausgangslage.....	317

b. Grundzüge von Ungarns »unorthodoxer« Wirtschaftspolitik .....	319
c. Ergebnisse und fortbestehende Herausforderungen ...	327
4. Steuerpolitik.....	331
5. Sozialpolitik.....	335
6. Familienpolitik .....	338
7. LGBTQ-Politik.....	344
8. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik.....	353
a. Bildungspolitik.....	355
b. Wissenschaftspolitik.....	359
c. Kulturpolitik.....	365
9. Infrastrukturpolitik .....	370
10. Außen- und Sicherheitspolitik .....	376
11. Europapolitik.....	386

## **KAPITEL 5: »ORBÁN-LAND«**

I. Orbán-Land!.....	405
1. Der Abstieg vom Musterland zum abschreckenden Beispiel .....	406
2. Der Aufbau autoritärer Herrschaft.....	410
3. Die ideologische Rechtfertigung des neuen Systems .....	416
4. Herrschaftsmittel des ungarischen Autoritarismus.....	418
II. Orbán-Land?.....	426
1. Die Wahl von 2010 als Revolution.....	427
2. Das Ziel: eine Alternative zum »liberalen Staat« .....	431
3. Kulturelle Grundlagen des Neuanfangs .....	441
4. Politiktheoretische Eckpunkte der Fidesz-Politik .....	444
5. Der Mehrheitsblick auf das Erreichte .....	454
III. Zweierlei Wahrheit?.....	456
Was nun?.....	471
Personenregister.....	473

# Was soll dieses Buch?

Als ich anfangs September 2021 im Zug von Dresden nach Budapest fuhr, wusste ich zwar, was ich dort sollte. Ich hatte nämlich die Einladung angenommen, für ein halbes Jahr – es sollten dann neun Monate werden – als Senior Fellow am Mathias Corvinus Collegium (MCC) tätig zu sein. Als solcher würde ich am dortigen »Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit« Lehrveranstaltungen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland anbieten, in verschiedenen Städten Ungarns Vorträge halten und außerdem für Diskussionsveranstaltungen oder Interviews zur Verfügung stehen.

Doch was wollte ich während der kommenden Monate für mich selbst? Die folgende Formel brachte das bald auf den Punkt: Ich wollte herausfinden, was von dem stimmte oder nicht stimmte, was ich aus Zeitungen und sonstigen Medienberichten über Ungarn erfahren hatte. Denen gemäß reiste ich in eine Halbdiktatur und verdingte mich an deren Kaderschmiede.

Zwar kannte ich Ungarn von einem ersten Aufenthalt im Sommer 1976 her, dem während der 1990er-Jahre etliche Konferenzteilnahmen und in den 2010er-Jahren mancherlei Einladungen zu Vorträgen bei Veranstaltungen gefolgt waren. Die wurden teils von der Konrad-Adenauer-Stiftung, teils von ungarischen Einrichtungen wie dem Mathias Corvinus Collegium organisiert. Mehr als oberflächliches Wissen über Ungarn besaß ich allerdings nicht. Auch fehlten mir ungarische Sprachkenntnisse.

Also beschloss ich, einfach offen und neugierig zu sein. In Budapest und bei Reisen übers Land wollte ich ein Gespür für das Leben in Ungarn bekommen. Durch Gespräche mit mög-

lichst vielen Leuten unterschiedlicher Berufe und Standpunkte wollte ich entdecken, wie Ungarn ihr Land, dessen Politik sowie die scharfe Kritik an ihr wahrnehmen. Indem ich Museen aufsuchte und mir die Symbolik öffentlicher Plätze erschloss, wollte ich in tieferliegende Schichten ungarischer Gegenwart und Mentalität eindringen. Außerdem wollte ich durch umfangreiche Lektüre von Schrifttum über Ungarn, gerade auch über das seit 2010 errichtete Regierungs- und Wirtschaftssystem, auf das, was ich selbst wahrnahm, auch noch aus den Perspektiven vieler anderer blicken.

Am Deutsch-Ungarischen Institut half man mir sehr, diese Wünsche zu verwirklichen. Man öffnete mir Türen, vermittelte mir viele, auch hochrangige Gesprächspartner, erläuterte mir Hintergründe, begleitete mich auf Reisen. Bei alledem begriff ich immer besser, wie wichtig Deutschland für Ungarn ist und auf wie viel Sympathie Deutschland bei Ungarn zählen kann. Doch ich merkte auch, wie sehr es dem ungarischen Vertrauen zu Deutschland schadet, wenn viele Ungarn einfach nicht verstehen können, warum so viele Deutsche sie ihrerseits nicht begreifen.

Deshalb erläuterte ich bei Lehrveranstaltungen und Vorträgen immer wieder, wie Deutsche ihr eigenes Land wahrnehmen, und auch, zu welchen Deutungen der Politik anderer Länder sie aufgrund ihres Selbstverständnisses gelangen. Dabei bemerkte ich wiederkehrende Missverhältnisse zwischen der Selbstverständlichkeit und Stärke deutscher Urteile über Ungarn sowie der Verlässlichkeit des Wissens oder jener Annahmen über Ungarn, die deutschen Ungarndeutungen ihre Grundlage geben. Diese Beobachtung wuchs rasch mit meiner Suche danach zusammen, was von den gängigen deutschen Ungarnbildern wohl stimmt oder vielleicht falsch ist. Und alsbald entstand der Plan, meine Lernergebnisse über Ungarn in einem inhaltlich verlässlichen Sachbuch mit anderen zu teilen.

Es gibt zwar vielerlei wissenschaftliches Schrifttum über Ungarns Politik und Regierungssystem vor 2010, also für die

Zeit vor der Rückkehr von Viktor Orbán ins ungarische Ministerpräsidentenamt. Doch viel spärlicher sind derlei Untersuchungen für die Zeit seither, obschon Ungarn gerade in diesen Jahren tiefgreifend verändert wurde. Was sich allerdings reichlich fand, waren Texte, in denen Berichte zu Sachverhalten auf engste mit eigenen Urteilen über das Berichtete verwoben waren. Das aber bringt beim Wissen über Ungarn jene nicht viel weiter, die solche Bewertungen ohnehin teilen, und macht jenen das Dazulernen schwer, die ganz andere Urteile bevorzugen. Was ich vermisste, war also ein Buch über Ungarn und seine neuere politische Entwicklung, das sowohl die Gegner als auch die Freunde der ungarischen Fidesz-Regierung zuverlässig informieren könnte – und erst recht jene, die ihr Urteil über Ungarn nicht an den Anfang, sondern ans Ende einer Beschäftigung mit diesem Land stellen möchten.

Niemals hätte ich die Absicht, ein solches Buch zu schreiben, ohne das Budapester Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit verwirklichen können. Dessen Direktor, Dr. Bence Bauer, unterstützte mein Vorhaben von Anfang an. Seine Mitarbeiter arbeiteten mir Faktenzusammenstellungen zu und überprüften meine Texte, die ich diesen entlang verfasste, auf inhaltliche Fehler. Nur auf solche Weise konnte ich mir Wissen nutzbar machen, das nicht auch auf Deutsch oder Englisch, sondern eben nur auf Ungarisch verfügbar ist. Trotzdem stellt sich die Frage, ob man wirklich ein Buch über ein Land schreiben soll, dessen Sprache man nicht versteht. Doch auch die meisten Journalisten, auf deren Berichte sich die deutsche oder internationale Einschätzung Ungarns stützt, beherrschen kein Ungarisch, müssen sich also – wie ich – auf die Sachkenntnis und Redlichkeit ihrer ungarischen Gesprächspartner verlassen. Besonders dankbar bin ich deshalb, dass Bence Bauer samt seinen Mitarbeitern Márton Böhm und Alexander Rasthofer sowie Prof. Dr. Zsolt K. Lengyel, der Direktor des Ungarischen Instituts der Universität Regensburg, das gesamte Buchmanuskript kritisch gelesen und mir vielerlei Verbesserungen ermöglicht haben.

Also lade ich guten Gewissens jene, die sich für Ungarns Politik und Geschichte interessieren, zur Lektüre dieses Buches ein. Es beginnt mit einer Selbstvergewisserung zu jenen Ungarnbildern, welche das Interesse und die Deutungsvorlieben vieler Deutscher hinsichtlich von Ungarn steuern. Anschließend wird gezeigt, welche geschichtlichen Ereignisse das heutige Ungarn und das politische Selbstverständnis seiner Funktions- und Prestigeeliten prägen. Sodann wird beschrieben, wie Ungarns seit 2010 umgeformtes Regierungssystem beschaffen ist, und zwar von seinen Verfassungsinstitutionen über das Mediensystem bis hin zur es tragenden politischen Kultur. Zum Urteil des Lesers über Ungarns konkrete Politik trägt dann das nächste Kapitel bei: Es zeichnet auf einer Vielzahl von Politikfeldern nach, was Ungarns Regierung anstrebt und auch unternommen hat. Die hitzigen Debatten um den heutigen Charakter Ungarns – Halbdiktatur oder nicht – werden im abschließenden Kapitel verständlich gemacht, doch freilich nicht geschlichtet. Es wäre ohnehin schon viel erreicht, wenn solche Diskussionen künftig auch mit Neugier auf die Sichtweisen jeweils Andersdenkenden und auf die empirische Belastbarkeit von deren Argumenten geführt würden.

Um das Buch leicht lesbar zu halten, wurde auf Literaturhinweise in Fußnoten oder im Text weitestgehend verzichtet. Jedem Kapitel ist allerdings ein Verzeichnis jenes Schrifttums nachgestellt, dem die berichteten Sachinformationen entnommen sind. Diese Quellen lassen sich anhand ihrer Titel leicht jenen inhaltlichen Zusammenhängen zuordnen, zu welchen sie herangezogen wurden. Dabei wurde – in der Regel ohne seitengenaue Herkunftsdocumentation, auch über die ausdrücklichen Zitate hinaus – dem Wortlaut der Quellen bisweilen eng gefolgt, um nicht an die Stelle der mitzuteilenden Sachverhalte deren Deutung durch den Verfasser zu setzen. Dessen persönliche Ansichten sind ohnehin nirgendwo von Belang; wichtig ist nur, was der eigenständigen Meinungsbildung des Lesers dienen kann.

Und weshalb findet sich im Folgenden so wenig Literatur über Viktor Orbán, auch kein besonderes Kapitel über ihn? Erstens gibt es ohnehin viele, leicht auffindbare Bücher und Texte dieser Art. Und zweitens ist Viktor Orbán zwar jener Politiker, der das heutige Ungarn geprägt hat. Doch viel wichtiger als er selbst ist das, wozu auch er nur einen Beitrag leistet: die Politik und Geschichte Ungarns – also genau der Gegenstand dieses Buches.

Dresden, im Mai 2023

Werner J. Patzelt

Seit einiger Zeit lässt es sich in Deutschland kaum mehr vermeiden, bei Gesprächen über Ungarn heftige Diskussionen auszulösen. Bei denen geht es oft darum, ob dieses Land noch demokratisch sei oder schon diktatorisch regiert werde. Solcher Meinungsstreit kann bis zur Frage führen, ob das heutige Ungarn es überhaupt noch verdiene, Mitglied der Europäischen Union zu sein. Woher kommt so sprungbereite Angriffslust?

## I. Naive Ungarnbilder

Für Ostdeutsche war Ungarn jahrzehntelang ein Traumland. Es war eine Art »Westen im Osten«, auch ein »Süden« mit zur Sommerzeit lockendem Badewetter am Balaton, abendrein ein Land mit Waren, die es in der DDR meist nicht gab. Intellektuelle aus Leipzig oder Ostberlin fanden in Budapest internationale Presse sowie Bücher, die im Westen erschienen waren. Und wären da nicht stets Tricks notwendig gewesen, um dem Mangel an gegen Ostmark erhältliche Forint beizukommen, dann hätte man sich in jener »lustigsten Baracke des ganzen Ostblocks« noch wohler gefühlt als ohnehin.

Doch für Westdeutsche war Ungarn etwas ganz anderes. Wie Polen oder die damalige Tschechoslowakei, ja sogar wie die DDR, gehörte dieses Land zu den gleichsam »verlorenen Teilen« Europas. Das waren jene, die nicht nur sehr anders regiert wurden als das eigene Land, sondern die auch ärmlich waren, mühsam zu bereisen, nicht wirklich attraktiv. Wer in den

»echten Westen« wollte, der fuhr nach Frankreich oder in die USA; und wer südliche Lebensart suchte, der reiste erst nach Italien und später nach Griechenland oder in die Türkei. Nach Ungarn führte vor allem der Wunsch, auch ohne viel Geld große Sprünge zu tun, falls man nicht gemeinsam mit ostdeutschen Familienteilen oder Freunden Urlaub machen wollte und deshalb an den Balaton reiste. Nicht wenige Westdeutsche werden es auch genossen haben, dort im Systemstreit von Sozialismus und Kapitalismus beim Kaufkraftwettbewerb zwischen Ost- und D-Mark ganz privat zu triumphieren.

Weithin vertraut war der nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generation die Bilderwelt der Sissi-Filme. Und für die Jahrgänge aus der Zeit schon um die Jahrhundertwende beschworen viele Szenen aus »Piroschka« so manches gern vergewärtigte, doch nun gewiss verlorene Idyll, das eigentlich in Schlesien oder Ostpreußen liegen mochte. Das alles schuf einen zwar etwas wehmütigen, doch eben auch schönen Bezugsrahmen für alles Ungarische. Der aber prägte vielerlei Empfindungen trotz des Wissens, dass er bloß zu vergangenen Zeiten passte. Und ja, es war auch schön, für das jetzt ferngerückte Ungarn gar noch das Überleben von Teilen jener Operettenwelt imaginieren zu können, deren Darstellung in österreichischen oder bayerischen »Heimatfilmen« von der Wirklichkeit längst nicht mehr gedeckt war. Dadurch wirkte Ungarn viel positiver als Polen – und natürlich als Russland.

Klar, Ungarns Kommunisten hatten sich 1956 dank Moskauer Hilfe brutal durchgesetzt. Aber das war 1953 in der DDR nicht anders gewesen. Und weil das einen Durchschnittswestdeutschen auch nicht störte, hielt er es mit Ungarn ebenso. Dank des »Gulaschkommunismus« war dieses Land doch ohnehin auf einem besseren Weg als Ulbrichts oder Honeckers grauer Musterstaat! Und was »Pfeilkreuzler« einst mit »Hakenkreuzlern« zu tun hatten, das wussten ohnehin nur historisch Beschlagene – und auch davon viele gerade nicht. Für Zeiten davor galt Ungarn als so etwas Ähnliches wie Österreich, mit dem es sich

die wohlige Bezeichnung »k. u. k.« teilte; nur war Ungarn anscheinend noch etwas exotischer. »Trianon« wiederum verband, wer in geschichtlichen Zusammenhängen davon hörte, mit »Vorortvertrag«; doch das dort Geschehene klang dann wie etwas, das im Vergleich mit dem Deutschland betreffenden Hauptort Versailles gar nicht so wichtig war. Und Horthy? Wer, bitte, sollte denn das sein? Und wofür brauchte Ungarn wohl einen Admiral? Merkwürdig das alles, und für einen nach Westen blickenden Bundesdeutschen doch auch gar nicht wichtig.

In den späten 1980er-Jahren hatte Ungarn freilich, gemeinsam mit den anderen damals noch realsozialistischen Staaten, seinen großen Auftritt im deutschen Staatstheater. An ihn erinnern sich viele Deutsche in ehrlicher Dankbarkeit. Sowjetrusslands Reformler Gorbatschow hatte Osteuropas Kommunisten ermutigt, nun auch ganz offen das zu sein, was sie – so die nachträgliche Selbstdarstellung von vielen – eigentlich immer schon sein wollten, nämlich »reformorientierte demokratische Sozialisten«. Jedenfalls handelten viele ihrer Anführer – abgesehen von Rumäniens Ceaușescu – höchst friedliche Machtübergaben aus, ermöglichten Staatlichkeit nach westlichem Vorbild, überließen anderen Parteien die Ministerien. Da mochten die zeigen, ob ihnen das Regieren wirklich besser gelang. Doch so schien es gerade nicht zu sein; und deshalb wurden – unter welchen Parteinaamen auch immer – allenthalben »Reformsozialisten« an die Macht gewählt. Denen trauten die Sozialliberalen und Grünen Westeuropas ohnehin mehr und Besseres zu als »Nationalkonservativen« oder gar »Rechten«. Leider verloren sie in Ungarn bald schon die Macht. Gottlob gewannen sie anschließend doch wieder und regierten gar für zwei Wahlperioden. Doch aus merkwürdigen Gründen wurden sie 2010 erneut abgelöst, und gar von einer Regierung, die seither alles dransetzt, dass auch bei einem künftigen Wahlsieg der Linken die bürgerlichen Fundamente des Landes nicht geschleift werden können. Im April 2022 wurde jener Regierungskurs sogar mit einer absoluten Stimmenmehrheit der Ungarn bestätigt. Ob nun Ungarns Demokratie verloren ist?

Natürlich färbte die Darstellung der jeweils aktuellen Politik auf das deutsche Ungarnbild ab und prägte es schichtenweise. Zunächst waren es Kommunisten wie Michail Gorbatschow und Miklós Németh, die in ihren Ländern Reformen und den Deutschen ihre Wiedervereinigung ermöglichten. Für die letztere schuf tatsächlich der Sowjetführer Michail Gorbatschow die Voraussetzungen, während – eher zu Unrecht so hingestellt – der ungarische Politiker Gyula Horn jene Flucht von Ostdeutschen aus ihrem sozialistischen Urlaubsland erlaubte, die zum Anfang vom Ende der DDR wurde. Jedenfalls war es der demokratische Sozialismus, den – voller Freude – die westeuropäische Linke um die Jahreswende 1989/90 im Ostmitteleuropa auf politischen Siegerstraßen sah. Leider stoppten ihn politische Gegner, und das geschah nicht nur gleich bei den ersten freien Wahlen, sondern auch später immer wieder. In Ungarn trat den Reformsozialisten zwischen 1990 und 1994 das konservative-nationale-christliche »Ungarische Demokratische Forum« (MDF) unter dem Ministerpräsidenten József Antall in den Weg, zwischen 1998 und 2002 die »Ungarische Bürgerliche Partei« (Fidesz) – und dann seit 2010 schon wieder der Fidesz, jeweils unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán (\*1963). Unter dessen Macht in Ungarn leidet Deutschlands Linke irgendwie noch viel mehr als an den Wahlsiegen Helmut Kohls von 1990 und 1994.

Freilich ist Deutschlands Linke – übrigens ebenso wie die Union oder die FDP – weder inhaltlich auf gemeinsamer Linie noch spricht sie für alle Deutschen. Also wird man beim deutschen Ungarnbild nach politischen Lagern sowie danach unterscheiden müssen, ob man über den Bevölkerungsdurchschnitt oder über die Meinungsverteilung bei Intellektuellen, Akademikern und Journalisten spricht. Außerdem sind Reaktionen auf aktuelle Ereignisse, journalistisch vermittelt und gerahmt, abzuheben von tieferliegenden kulturellen Stereotypen. Am besten lässt sich das Wesentliche beim Nachvollziehen jener Diskurse fassen, in denen Ungarnbilder herausgearbeitet und verfestigt werden.

## II. Diskursiv erzeugte Ungarnbilder

Die meisten deutschen Intellektuellen und Journalisten hatten den Fortbestand der kommunistischen Herrschaft über Ostmitteleuropa nach der Beendigung des »Prager Frühlings« durch die sowjetische Invasion im Sommer 1968 wie eine unabänderliche Naturtatsache behandelt. An realsozialistisch regierte Länder westliche Maßstäbe anzulegen, galt als sachunangemessen und politisch sinnlos. Anders wurde alles nach dem Ende des Kommunismus. Ein sich demokratisierendes Land muss es schlicht hinnehmen, nach Kriterien beurteilt zu werden, die für eine Demokratie wichtig sind. Zu ihnen gehören hinsichtlich der Voraussetzungen von Demokratie die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung sowie ein wirklich praktizierter Meinungs- und Gruppenpluralismus. Kernelemente von Demokratie sind außerdem periodische freie Wahlen mit konkurrierenden Parteien und kritischen Medien. Und auszugehen hat Demokratie auf eine gerade in Krisenzeiten belastbare Legitimität des politischen Systems, also auf einen nicht herbeimanipulierten, sondern sachlich begründeten Bevölkerungslauben an die Rechtmäßigkeit, an die Kompetenz und an die Gemeinwohldenlichkeit ausgeübter Herrschaft. Nach bisherigen geschichtlichen Erfahrungen stellt sich solche Legitimität vor allem dann ein, wenn – gemäß den Eindrücken einer Bevölkerungsmehrheit – die Regierung das Wirtschaftsleben so steuert, dass die persönlichen Lebensumstände besser werden und der allgemeine Wohlstand steigt. Außerdem ging nach 1990 die allgemeine Erwartung an die postsozialistischen Staaten Europas dahin, dass sie sich fit machen würden für die Chance, Mitglied der

Europäischen Union zu werden. Das aber verlangte auch nach einer Überwindung jener Nationalismen, die Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg zerrissen hatten, und die nach dem Zweiten Weltkrieg von der kommunistischen Herrschaft nur – sozusagen – unter dem Deckel gehalten wurden.

Bemessen an diesen Kriterien sah Ungarn, wie auch andere postsozialistische Staaten, in den Jahren nach der kommunistischen Herrschaft nicht immer gut aus. Die Mitte-Rechts-Regierung von József Antall und – nach dessen Tod im Dezember 1993 – von Péter Boross (1990–1994) wurde als zu nationalbetont kritisiert, auch als wirtschaftlich nicht erfolgreich genug. Die ihr nachfolgende sozialistisch-liberale Regierung von Gyula Horn (1994–1998) galt erst recht als wirtschaftlich erfolglos. Die antikommunistische erste Regierung von Viktor Orbán (1998–2002) war den westlichen Journalisten, Intellektuellen und Politikern – damals die CSU noch ausgenommen – dann viel zu rechts. Zur sozialistischen Regierung von Péter Medgyessy (2002–2004) stellten die Meinungsbildner fest, sie wäre zwar sozialpolitisch gutwillig, doch wirtschaftspolitisch fragwürdig und insgesamt konzeptlos. An der auf Medgyessys Rücktritt folgenden sozialistischen Regierung von Ferenc Gyurcsány (2004–2009) kritisierte man ihr Scheitern bei der Durchführung erforderlicher Wirtschaftsreformen sowie gewaltige Glaubwürdigkeitsverluste ihres – mancherlei Lügen eingestehenden – Anführers und ihrer Führungsschicht. Der dann weiterhin sozialistischen Regierung von Gordon Bajnai sah man 2009/10 verblüfft zu, wie sie politisch selbstmörderische Wirtschafts- sowie Sozialreformen unternahm. Und seit den stets zu Zweidrittelmehrheiten der Parlamentsmandate führenden Wahlsiegen des nunmehr klar national-konservativ-christlich ausgerichteten Viktor Orbán in den Jahren 2010, 2014, 2018 und 2022 wird erörtert, wie und warum sich Ungarn in eine Halbdiktatur verwandelt habe.

Die diesbezüglich vorherrschenden Narrative lassen sich auf zwei Formeln verkürzen. Die eine lautet: »Die Linke beherrscht

keine nachhaltig wirksame Wirtschaftspolitik; deshalb kam die Rechte an die Macht«. Und die andere betont: »Die Rechte zerstört selbstsüchtig die Demokratie«. Während das erste Narrativ in einem Deutschland, das durch die Wirtschafts- und Sozialreformen des SPD-Kanzlers Schröder zeitweise saniert wurde, keinen großen innenpolitischen Gebrauchswert besitzt und von deutschen Journalisten, die überwiegend mit der Linken sympathisieren, auch nicht wirklich gern verwendet wird, verhält es sich mit dem zweiten Narrativ sehr anders. Mit ihm fügt sich nämlich die Berichterstattung über Ungarn bestens ein in den aus journalistischer Überzeugung geführten »Kampf gegen rechts«. Denn was in Deutschland die rechtspopulistische AfD als Angriffsziel ist, das attackiert man beim Reden und Schreiben über Ungarn oder Polen in Gestalt der jeweiligen rechten Regierungspartei sowie ihrer Regierungschefs. Und weil viele Dimensionen des in Ungarn sehr scharf ausgetragenen Kulturkampfes zwischen »liberal-progressiver Linker« und »national-konservativ-christlicher Rechter« im innerdeutschen Kulturkampf sehr ähnlich gelagert sind, kommt es zur resonanzreichen Rückkopplung zwischen innerungarischen Debatten und deutschen öffentlichen Diskursen. Letztere wiederum beruhen meist auf solchen Informationen und Argumenten, die von der überwiegend linksgrün eingestellten Journalistenschaft beigebracht werden.

Für die ungarische Linke ist es bei alledem ein wichtiges Anliegen, für ihre Positionen in westlichen Medien – und zumal in den deutschen – ein starkes Echo zu erhalten. In Ungarn gibt es nämlich keine mediale Dominanz der Linken mehr, in Deutschland hingegen sehr wohl. Also versuchen die Gegner Viktor Orbáns, ihn über den Einfluss westlicher Medien auf die europäischen und deutschen Diskurse sowie auf die Politik der Europäischen Union zu besiegen. Am besten gelingt das durch – von westlichen Medien und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen unterstützte – Reaktionen der ungarischen Opposition auf die unübersehbare Ausgrenzung Ungarns und seines Regierungschefs aus den Reihen derer, die in der Europäischen Union

als politisch satisfaktionsfähig gelten. Also wird man sich schwertun, die Besonderheiten jenes Ungarnbildes zu begreifen, das Deutschlands Medien mehrheitlich zeichnen, wenn man nicht auch auf diese größeren Zusammenhänge achtet. Das sich aus ihnen ergebende Medienbild wird nämlich in deutschen Diskursen über Ungarn meist wie eine Selbstverständlichkeit behandelt, die ihre zutreffende Erklärung nicht auch in Kommunikationsvorgängen, sondern allein in der tatsächlichen Beschaffenheit und Politik Ungarns fände.

Der wichtigste Diskursstrang jenes Kulturkampfes deckt das ab, was sich mit dem Begriff des »Illiberalismus« bezeichnen lässt. Da Viktor Orbán selbst bei einer Rede im Jahr 2014 seine eigene Ordnungsvorstellung einen »illiberalen Staat« nannte, sind die Diskurse um Liberalismus und Illiberalismus tatsächlich eine Kampfstätte, die Ungarns Ministerpräsident selbst gewählt hat. Doch um das dort Ausgetragene wirklich zu begreifen, muss man schon auch auf die beiderseitigen grundlegenden Überzeugungen blicken. Im westlichen politischen Denken sind Liberalismus und Demokratie die zwei Seiten einer einzigen, höchst wünschenswerten Medaille. Demokratie ist deshalb nicht ohne Liberalismus zu haben, während Illiberalismus geradewegs auf die schiefe Ebene hin zu einer Diktatur führt. Auch ist man in Deutschland sehr stolz darauf, zur Zeit der sozialliberalen Koalition unter den Kanzlern Brandt und Schmidt die »illiberal-repressive Adenauerzeit« endlich überwunden zu haben. Dies führt dann zum Rat an andere, es mit diesem falschen Weg erst gar nicht zu versuchen. Außerdem war es die sozialdemokratisch-grüne Regierung Gerhard Schröders, die Deutschland einst im Schulterschluss mit Englands Premierminister Tony Blair auf den Weg des Neoliberalismus und entschlossener Globalisierungspolitik führte, was beides, solange nicht COVID-19 und Russlands Krieg gegen die Ukraine viele internationale Handelsketten störten, große Wohlstandsgewinne brachte.

In Ungarn hingegen ordnete die Fronten, dass die sozialistischen Regierungen von Gyula Horn, Péter Medgyessy und

Ferenc Gyurcsány ihre Wirtschaftspolitik fast ganz nach den Lehrbüchern des damals modischen Neoliberalismus betrieben. Diese betrachten den Liberalismus aber meist aus der Perspektive starker Volkswirtschaften in auch nach außen hin durchsetzungsfähigen Staaten. In einer solchen Verfassung aber war Ungarn damals nicht. Also zog Ungarns neoliberale Politik – wie ohnehin für viele Staaten zu erwarten war – auch durch das Magyarenland eine Schneise der Zerstörung sozialstaatlicher Sicherheit. Hingegen bescherte der praktizierte Neoliberalismus jenen Ungarn große Erfolgs- und Erwerbchancen, die es sich nach Herkunft, Ausbildung und Lebenslage leisten konnten, im Bereich des internationalen Wirtschafts- und Finanzwesens tätig zu werden. Das aber waren in der Regel nicht jene, welche sich vom kommunistischen Regime ferngehalten hatten. Die im Westen übliche Frontstellung der politischen Linken gegen einen sozialdemokratischen Neoliberalismus gewann deshalb in Ungarn keine politische Bedeutung. Es war vielmehr die politische Rechte, die sich gegen jene neoliberal-globalisierende Politik wandte, die von Ungarns sozialistischen Regierungen geführt wurde. Tatsächlich traten erst die klar antikommunistischen Fidesz-Regierungen der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik ihrer sozialistischen Vorgängerregierungen in den Weg und beendeten sie dauerhaft ab dem Jahr 2010.

Zum offen bekannten und tatkräftig ins Werk gesetzten Politikziel wurden seither die Sicherung des Staatseinflusses auf alle größeren Geldströme im Lande, darunter jene aus EU-Mitteln, sowie der Aufbau einer im eigenen Staat ansässigen, gerade auch ungarischen Schicht von wohlhabenden Unternehmern und Managern. Nicht nur war damit klar, dass man staatlicherseits den Aufstieg vor allem von solchen Leuten in die Reihen der Reichen fördern würde, welche die Fidesz-Politik mittrugen. Sondern obendrein stand auf diese Weise der Etatismus einmal mehr gegen den Liberalismus, doch in sozusagen falscher, da historisch unvertrauter Schlachtordnung. Jener Linken nämlich, die zu sozialistischen Regierungszeiten einen globalisierten

Liberalismus praktiziert und entsprechende internationale Netzwerke aufgebaut hatte, stand jetzt eine etatistisch-sozialprotektionistische Rechte gegenüber. Auf der Strecke blieb damit genau jene Idee des »Nationalliberalismus«, deren große Zeit das 19. Jahrhundert gewesen war. An sie hatte zwar die erste nachkommunistische Regierung von József Antall anzuknüpfen versucht. Doch diese verlor gegenüber der ungarischen Linken, die damals auch die Medienöffentlichkeit dominierte, schlicht den geistespolitischen bzw. ideologischen Kampf. Im Ergebnis verblieb der Linken das Ehrenwort »liberal«, der Rechten das – für deutsche Ohren, nicht für ungarische – Schimpfwort »national«.

»National« aber passt im deutschen Diskurs, um den es hier geht, überhaupt nicht zu »demokratisch«. Die nächstliegenden deutschen Begriffe zu »national« sind nämlich »faschistisch« und »rassistisch«. Jene – inzwischen bedeutungslose – Partei, die sich in Deutschland bis heute »nationaldemokratisch« nennt und etliche Jahre lang mit manchmal zweistelligen Stimmenanteilen in Landtagen tätig war, beglaubigt auch den Sinn einer solchen Ordnung des einschlägigen Begriffsgefüges. In diesem wirkt es außerdem klar, dass in einer »nationalen Gemeinschaft« die Rechte von Einzelnen oder Minderheiten nicht vorrangig sein können. Obendrein wurde mittlerweile – in einem merkwürdigen Erbgang politischer Denkmuster – gerade in den Reihen der politischen Linken die Behauptung der einstigen englischen Premierministerin Margaret Thatcher populär, so etwas wie eine »Gesellschaft« gäbe es gar nicht, sondern fassbar wären nur Einzelmenschen und deren Gruppen. Um genau die kümmert sich denn auch die heute modische Identitätspolitik und sucht dabei die Konfrontation mit denen, die ein auf den Besitz eines gleichen Passes gegründetes Staatsvolk auch noch durch die Pflege einer gemeinsamen Kultur zusammenhalten wollen, desgleichen durch Erinnerungspolitik, die auf ein stolzes Gemeinschaftsgefühl ausgeht. Genau das ist aber ein Kernanliegen der Fidesz-Regierungen. Obendrein passt die unter Viktor Orbán systematisch unternommene Politik einer Renationalisie-

rung des ungarischen Finanzwesens sowie des Energie- und Kommunikationssektors schlecht zu einer pluralistischen Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das bleibt auch dann wahr, wenn eine solche Politik nicht einfach durch antipluralistische Ziele veranlasst wurde, sondern durch den Zustand des in den späten 2000er-Jahren zum Sanierungsfall gewordenen, da zu stark internationalisierten ungarischen Finanz- und Wirtschaftsystems – und ebenso durch jene sehr weitgehende Dominanz linkssympathisierender Medien, die wesentlich zur Abwahl der ersten Fidesz-Regierung beitrugen.

Doch natürlich ändern solche konkreten politischen Anliegen nichts am Wert des Staatsgestaltungsziels pluralistischer Demokratie: Politische Macht soll durch von ihr unabhängig auftretende Finanz-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Medienakteure begrenzt werden, sich aber nicht zu deren Oberinstanz aufschwingen. Allerdings besteht Politik gemäß diesem Grundsatz noch lange nicht die unmittelbare Herausforderung, überhaupt erst wieder die innerstaatliche Kontrolle eines internationalisierten Systems wirtschaftlicher Verflechtungen zurückzugewinnen. Also besteht ein Dilemma. Beim Versuch, es aufzulösen, widerstreitet das unter Viktor Orbán systematisch aufgebaute System persönlicher Loyalitätsbeziehungen zwischen ihm selbst als Sachwalter des Staates und den politisch vom Staat abhängig gemachten Finanz- und Wirtschaftsführern klar den Grundsätzen *pluralistischer* Demokratie. Allerdings fügt sich ein solches System gut in die Leitgedanken einer *plebiszitären* Demokratie. In einer solchen hat ein durch Wahlen legitimierter politischer Anführer das Recht darauf, während einer Wahlperiode – und zwar gerade um der Demokratie willen – die Staatsleitung so auszuüben, dass er wirkungsvoll alle politisch beeinflussbaren Gesellschaftsbereiche mitgestalten kann. Ein solches plebiszitäres Demokratieverständnis widerspricht zweifellos liberalen Prinzipien und kann sogar auf das hinauslaufen, was man in der Politikwissenschaft als »plebiszitären Cäsarismus« oder als »elektorale Autokratie« bezeichnet. Hingegen

passt ein solcher Politikansatz sehr gut zu einer ungarischen Regierungspolitik, die in den Mittelpunkt aller Gestaltungsabsichten das Interesse rückt, Ungarn wieder zu einer besser funktionierenden Nation zu machen, als sie das Land unter kommunistischer Herrschaft und aufgrund von deren unmittelbaren Nachwirkungen war. Deshalb passt dieser Ansatz auch bestens zu dem, was bei Ungarns Linker »Nationalismus« heißt, von Nicht-Linken aber »Patriotismus« genannt wird.

Sind allerdings politische Diskurse erst einmal in dieser Weise strukturiert, dann leuchtet vielen, die ihnen entlang über Politik nachdenken, der folgende Vorstellungskomplex ein: Demokratie muss durchaus nicht wirtschaftsliberal sein; sie muss in ihren Mittelpunkt auch nicht die Interessen identitätspolitisch motivierter Gruppen stellen; sehr wohl muss aber die Gestaltungsmacht der jeweiligen Regierung durch faire, demokratische Wahlen immer wieder legitimiert werden; und langfristige Legitimität erlangt ein demokratischer Staat genau dann, wenn er durch umsichtige Politik eine nachhaltige Wohlfahrt des Landes und seines Staatsvolks sichert. Wenn sich in einem solchen Vorstellungsraum dann der Liberalismus neben den Internationalismus und die Globalisierung gestellt findet, zugleich aber ein Konzept wie »Nationalliberalismus« keinen klar adressierbaren Ort besetzt, dann kann es sogar naheliegen, den Liberalismus wie eine Gefahr für die Demokratie wahrzunehmen. In Ungarn vollzieht sich das immer wieder entlang der Vorstellung, es kämen ausländische politische Akteure – in Gestalt von Finanz- und Wirtschaftsunternehmen, von internationalen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen oder der EU-Institutionen – genau jener Politik in die Quere, die zu führen eine Regierungspartei durch freie Wahlen legitimiert worden sei. Und wer die Dinge so sieht, der kann es dann sogar für erforderlich halten, gerade um der Demokratie willen einen globalisierenden Liberalismus zurückzuweisen.

Eben diese Denkmuster brachte Viktor Orbán 2014 auf den – von ihm niemals beiseitegelegten – Begriff des »illibera-